

## S-WC2 Gesundheit darf kein Luxus sein!

Gremium: Landesvorstand GRÜNE JUGEND Bayern

Beschlussdatum: 10.11.2017

Tagesordnungspunkt: TOP 06 Schwerpunkt #WeCare

1 Gesundheit ist mehr als die Abwesenheit von Krankheit. Das Thema Gesundheit  
2 begleitet Menschen von der Wiege bis zur Bahre. Dementsprechend wichtig ist auch  
3 die Gesundheitspolitik. Durch technologischen Fortschritt werden immer mehr  
4 Krankheiten heilbar und die Lebenserwartung steigt. Doch moderne Technologie  
5 heißt auch, dass oftmals hohe Kosten entstehen. Umso wichtiger ist eine moderne  
6 Gesundheitspolitik, die einen hohen medizinischen Standard ermöglicht und  
7 gleichzeitig die anfallenden Kosten sozial gerecht auf alle Schultern verteilt.  
8 Denn technologischer Fortschritt ist nur dann wirklich Fortschritt, wenn auch  
9 der soziale Fortschritt Schritt halten kann.

### 10 Gesundheit statt Profit!

11 Die bundesdeutsche Krankenkassenpolitik ist besonders auf Profit ausgelegt.  
12 Private aber auch gesetzliche Krankenkassen machen hohe Umsätze mit der  
13 Gesundheit ihrer Kund\*innen. Das darf so nicht sein! Jeder Mensch hat ein  
14 unveräußerliches Recht auf Gesundheit und dieses Recht darf nicht den Gesetzen  
15 des sogenannten freien Marktes unterworfen werden, wo sich die verschiedenen  
16 Anbieter\*innen preislich zu unterbieten versuchen und gleichzeitig hohe Profite  
17 auf Kosten der Patient\*innen einfahren. Privatpatient\*innen werden häufig  
18 überversorgt, was auch ein gesundheitliches Risiko bergen kann, während  
19 Kassenpatient\*innen um einiges länger auf Termine warten müssen und häufig  
20 weniger Zeit für eine gründliche Untersuchung zugesprochen bekommen. Deshalb  
21 fordern wir eine Bürger\*innenversicherung, in die alle Menschen abhängig von  
22 ihrem Einkommen einzahlen und mit der das Versicherungssystem insgesamt  
23 solidarischer gestaltet wird. Auch Kapitalerträge sollen über eine Steuer mit in  
24 diese Art der Versicherung fließen, um zu verhindern, dass eine bestimmte  
25 Gesellschaftsschicht sich weitgehend der solidarischen Finanzierung des  
26 Gesundheitssystems entzieht. Deshalb setzen wir uns auch gegen eine  
27 Beitragsbemessungsgrenze ein.

28 Um eine bessere medizinische Versorgung garantieren zu können, fordern wir die  
29 Ablösung des bisherigen Entlohnungssystems für Ärzt\*innen, welches sich an der  
30 Anzahl der Eingriffe orientiert. Stattdessen brauchen wir ein System, welches  
31 den Zeitaufwand der Behandlung und Betreuung der Patient\*innen vergütet. Der  
32 Mensch soll in den Mittelpunkt rücken, nicht Krankheit und Behandlung. Weiter  
33 fordern wir strengere gesetzliche Regelungen für Fortbildungsseminare und  
34 Kooperationen zwischen Pharmaunternehmen und Ärzt\*innen. Die bestmögliche  
35 Behandlung muss das Ziel sein, nicht der Absatz bestimmter Produkte einzelner  
36 Pharmaunternehmen.

### 37 Recht auf gute Zähne!

38 Unsere Zähne sind ein wichtiger Teil unseres Lebens. Ihre Behandlung und Pflege  
39 sollte deshalb auch vollumfänglich durch die neue Bürger\*innenversicherung  
40 abgedeckt werden. Die Zahnbehandlung hängt aktuell stark von den finanziellen  
41 Mitteln der Patient\*innen ab. Hier ziehen sich die Krankenkassen aus der  
42 Verantwortung und sorgen damit - wie in vielen anderen medizinischen Bereichen

43 auch - für eine zwei-Klassen-Behandlung. Denn nicht alle Menschen können sich  
44 aktuell teure Zahn-Reparaturen leisten, was zu Behandlungen mit schlechterer  
45 Qualität bis hin zur Verwendung von gesundheitsgefährdenden bzw. -bedenklichen  
46 Stoffen in der Behandlung führen kann. Das darf so nicht sein!

47 Recht auf kostenlosen Zugang zu Verhütung!

48 Auch die Möglichkeit zur Verhütung darf nicht vom Geldbeutel abhängen. Deshalb  
49 fordern wir, dass die Kosten für Verhütung durch die neue  
50 Bürger\*innenversicherung übernommen werden. Weiter fordern wir die Aufklärung  
51 über Verhütungsmittel und ihre Verwendung stärker in Lehrplänen zu verankern.  
52 Hierbei sollen auch Verhütungsmethoden jenseits von Kondom und Pille  
53 thematisiert werden.

54 Leistung hatte schon genug Gesellschaft!

55 Die beste Pflege, Behandlung oder Krankenversicherung ist die, die wir nicht  
56 benötigen. Doch insbesondere im Zeitalter der Digitalisierung und der konstanten  
57 Erreichbarkeit steigt der Druck und die damit verbundenen Risiken für  
58 körperliche und psychische Gesundheit. Die GRÜNE JUGEND Bayern steht für eine  
59 Überwindung der Leistungsgesellschaft; Leistung hatte schon genug Gesellschaft!  
60 Wir wollen dem Trend der ansteigenden Burn-Out-Zahlen entgegenzuwirken und gute  
61 Präventionsangebote für die häufigsten Krankheiten schaffen. Die Verantwortung  
62 für Prävention und Gesundheit, darf nicht der Einzelnen überlassen werden.  
63 Vielmehr steht die gesamte Gesellschaft - und unter den aktuellen Verhältnissen  
64 insbesondere die Arbeitgeber\*innen - in der Pflicht. Gemeinsam sind wir stark!  
65 Deshalb fordert die GRÜNE JUGEND Bayern klare Regelungen für Aus- und Ruhezeiten  
66 während der Lohnarbeit. Außerhalb der vertraglich vereinbarten und entlohnten  
67 Arbeitszeiten darf keine Erreichbarkeit eingefordert werden. Wer erreichbar ist,  
68 arbeitet - unabhängig davon, ob die Erreichbarkeit in Anspruch genommen wird  
69 oder nicht - und muss dementsprechend entlohnt werden. Bereits in den Schulen  
70 müssen Selfcare-Angebote geschaffen werden, um jungen Menschen möglichst früh  
71 Techniken zur Stressvermeidung und zum Stressabbau beizubringen. Die GRÜNE  
72 JUGEND Bayern fordert weiter einen gesetzlich garantierten Stress-Abbau-Tag pro  
73 Jahr für alle lohnabhängigen Beschäftigten, die 20 Stunden oder mehr in der  
74 Woche arbeiten. An diesem Tag sollen bei vollem Lohnausgleich Fort- und  
75 Weiterbildungen für Techniken zur Stressvermeidung und zum Stressabbau besucht  
76 werden. Die durch die Teilnahme entstehende Fahrtkosten und Anmeldegebühren sind  
77 von den Arbeitgeber\*innen zu tragen.

78 Ein Recht auf Rausch in Sicherheit!

79 Die restriktive Drogenpolitik Bayerns zeigt Wirkung, aber keine positive. Denn  
80 in Bayern sterben bundesweit die meisten Menschen an den Folgen von Drogenkonsum  
81 und das nicht trotz, sondern auch wegen der null-Toleranz-Politik der CSU-  
82 Regierung auf diesem Feld. Die GRÜNE JUGEND Bayern setzt sich für die  
83 Legalisierung aller Drogen und umfangreiche Informations- sowie  
84 Präventionsmaßnahmen ein; wir stehen für ein Recht auf Rausch für alle Menschen.  
85 Drogenkonsum birgt grundsätzlich verschiedene und zum Teil erhebliche Risiken,  
86 denen nach einer Legalisierung deutlich besser begegnet werden kann.

87 Denn bei der Legalisierung geht es aber auch darum, Konsument\*innen zu schützen,  
88 denn durch Kriminalisierung wird niemandem geholfen. Im Gegenteil, der Konsum  
89 wird unsicherer. Denn was offiziell nicht existieren und vertrieben werden darf,

90 kann nicht auf toxische Inhaltsstoffe überprüft werden. Deshalb fordern wir die  
91 Einführung eines Drogeninformationszentrums (DIZ) wie es in der Schweiz bereits  
92 realisiert wurde. Das DIZ soll neben Drogeninformation und -beratung auch  
93 stationäres Drug Checking in allen größeren Städten Bayerns anbieten. Hier  
94 können Konsument\*innen ihre Rauschmittel anonym und kostenlos auf toxische  
95 Inhaltsstoffe testen lassen. Im ländlichen Raum könnten Schnelltests zum  
96 Beispiel durch mobile Drug-Checking-Busse realisiert werden, die zwischen  
97 verschiedenen Orten rotieren. Zudem fordern wir, den rechtlichen Rahmen  
98 anzupassen, um Kommunen und Bezirken die Möglichkeit zu geben, Drogenkonsumräume  
99 einzuführen. Drogenkonsumräume ermöglichen Akuthilfe bei einer  
100 lebensgefährlichen Überdosis, tragen zur Vermeidung von Infektionskrankheiten  
101 durch unhygienische Bedingungen beim Konsum bei und sind eine wichtige  
102 Möglichkeit, suchtkranke Menschen an weiterführende Hilfsangebote zu vermitteln.  
103 Drogenkonsumräume sind damit eine wichtige Ergänzung zu Suchtberatungsstellen.  
104 Zudem muss der Einsatz des Heroinsubstitutionsmittels Methadon über nasale und  
105 intravenöse Verabreichung legalisiert werden, um Abhängigen die Möglichkeit zu  
106 geben, bei einer Überdosis untereinander schnell helfen zu können.

107 Saubere Luft statt Smog!

108 Zu guter Gesundheitspolitik gehört auch, die Ursachen für Krankheiten  
109 einzudämmen. Durch die Folgen von Luftverschmutzung, insbesondere durch  
110 Feinstaub und Stickoxide, sterben in der BRD jährlich mehrere zehntausend  
111 Menschen. Die Luftverschmutzung ist in den Städten besonders stark und geht vor  
112 allem von Autos aus und ist gesundheitsgefährdend. Es muss Schluss sein mit  
113 atemlos durch die Stadt! Die GRÜNE JUGEND Bayern fordert deswegen langfristig  
114 eine deutliche Reduktion des Autoverkehrs und ein Verbot von Neuzulassungen von  
115 Autos mit fossilem Verbrennungsmotor ab 2030. Kurzfristig muss die blaue  
116 Plakette bundesweit eingeführt und in Bayern die Ausrufung von Feinstaubalarm  
117 ermöglicht werden. Bei Feinstaubalarm müssen alle Autos ohne blaue Plakette  
118 gemäß den Vorgaben des Beschlusses der GRÜNEN JUGEND Bayern vom  
119 Landesjugendkongress in Regensburg 2017 mit einem Fahrverbot im betroffenen  
120 Bereich belegt werden. Zudem müssen in den Städten zusätzliche Grünflächen mit  
121 Bäumen geschaffen werden. So können wir kurz- und langfristig die  
122 Luftverschmutzung in den Städten und damit die Gesundheitsrisiken für viele  
123 Menschen verringern.

124 Auch an Hochschulen: Attest muss reichen!

125 Bei Krankmeldung etwa bei einer Prüfung verlangen bayerische Hochschulen und  
126 Universitäten häufig nicht nur ein Attest, sondern eine Liste mit den am  
127 Krankheitstag vorliegenden Symptomen. Auf deren Grundlage entscheiden dann die  
128 jeweiligen Prüfungskommissionen – in der Regel ohne medizinische oder  
129 psychologische Fachkenntnisse – darüber, ob tatsächlich eine Prüfungsunfähigkeit  
130 vorliegt. Für diesen Vorgang werden Studierende genötigt, ihre Ärzt\*innen  
131 teilweise von der Schweigepflicht zu entbinden. Die GRÜNE JUGEND Bayern bewertet  
132 diese Praxis als entwürdigend, sie verletzt elementare Rechte der Studierenden  
133 und ist aus Perspektive des Datenschutzes mehr als problematisch. Für uns ist  
134 klar: Zur Abmeldung von Klausuren oder zur Verlängerung von Fristen muss ein  
135 einfaches ärztliches Attest reichen. Der rechtliche Rahmen ist dementsprechend  
136 anzupassen.

137 Diskriminierung beim Blutspenden beenden!

138 Auch in der Medizin gibt es zahlreiche Diskriminierungen in allen  
139 Lebenssituationen, die gestoppt werden müssen. So werden Männer, die mit Männern  
140 schlafen, beispielsweise kategorisch vom Blutspenden ausgeschlossen. Die  
141 GRÜNEJUGEND Bayern stellt sich gegen die pauschale Vorverurteilung von  
142 Homosexuellen; diese sind nicht unter Generalverdacht einer HIV-Erkrankung zu  
143 stellen. Die Frage der sexuellen Orientierung darf beim Blutspenden keine  
144 Relevanz haben. Außerdem spricht sich die GRÜNE JUGEND Bayern gegen sogenannte  
145 "Risikogruppen durch sexuelles Verhalten" aus.

146 Medizinische Versorgung im ländlichen Raum stärken!

147 Gerade in ländlichen Bereichen Bayerns ist die medizinische Versorgung häufig  
148 nicht ausreichend. Abseits der großen Städte ist es oft schon schwer, überhaupt  
149 eine\*n Hausärzt\*in zu finden. Um zu Spezialist\*in und Fachärzt\*innen zu  
150 gelangen, müssen häufig sehr weite Wege zurückgelegt werden. Gerade  
151 Hausärzt\*innen gehören jedoch unbedingt zur absoluten Grundversorgung. Hierfür  
152 müssen Anreize für Ärzt\*innen geschaffen werden, um in den ländlichen Raum zu  
153 ziehen. Beispielsweise über ein zugesichertes Einkommen, unabhängig der  
154 Patient\*innenzahl. Wir lehnen Methoden, wie etwa die Senkung des Numerus Clausus  
155 bei einer gleichzeitigen Verpflichtung, nach Ende des Studiums auf dem Land zu  
156 arbeiten, ab. Stattdessen fordern wir, das Budget des Programms zur Förderung  
157 von Ärzt\*innen, die Praxen im ländlichen Raum eröffnen möchten, zu erhöhen und  
158 an die jeweiligen Lebenserhaltungskosten in der Region anzupassen.

159 Wasser ist ein Menschenrecht!

160 Einwandfreies und sauberes Trinkwasser ist die Grundlage für das Leben des  
161 Menschen und wurde deshalb auch von der UN mit der Resolution 64/292 als  
162 Menschenrecht anerkannt. Deshalb gilt es, dieses Menschenrecht weltweit zu  
163 garantieren und für alle Menschen umzusetzen. Die GRÜNE JUGEND Bayern spricht  
164 sich gegen jegliche Privatisierung von Wasser aus, da hierdurch der Zugang zu  
165 Wasser eingeschränkt wird. Um sauberes Trinkwasser gewährleisten zu können,  
166 benötigt es zudem Wasseraufbereitungsanlagen. Hierfür müssen transnationale  
167 Standards entwickelt und flächendeckend umgesetzt werden.

168 Die wirtschaftliche Nutzung von Wasser muss weltweit unter dem Gesichtspunkt der  
169 Nachhaltigkeit geschehen. Auch diese Thematik muss global angegangen werden und  
170 internationalen Richtlinien folgen. Es darf nicht sein, dass Staaten  
171 gegeneinander ausgespielt werden und die Bevölkerung durch eine massive  
172 Wasserentnahme Schäden erleidet. Auch in Bayern gibt es viele  
173 Produktionsstätten, welche Wasser unter anderem zur Kühlung nutzen. Hier wird  
174 das Wasser aus nahegelegenen Flüssen oder anderen Gewässern entnommen und nach  
175 dem Produktionsprozess wieder zurückgeführt. Um die Qualität des Wassers nicht  
176 zu gefährden, braucht es strenge Vorgaben und regelmäßige Kontrollen. Die GRÜNE  
177 JUGEND Bayern fordert, dass das rückgeführte Wasser der Qualität des entnommenen  
178 Wassers entsprechen muss!

179 Nur wirksame Medikamente erstatten!

180 Homöopathische Präparate, also solche ohne pharmakologischen Wirkstoff, sind  
181 nachweislich als Medikamente unwirksam. Das zeigen viele verschiedene  
182 wissenschaftliche Studien. Dennoch werden die Kosten für Homöopathie von einigen  
183 Krankenkassen erstattet. Dieses Geld ist anderswo besser eingesetzt. Die GRÜNE  
184 JUGEND Bayern fordert deswegen, dass die Kosten für homöopathische Präparate und

185 Behandlungen nicht mehr von den gesetzlichen Krankenkassen und auch nach der  
186 Einführung der Bürger\*innenversicherung nicht von dieser übernommen werden.  
187 Gleiches gilt für die Kosten von "Alternativmedizin": Wer sich bei Vollmond an  
188 einen Baum binden lassen möchte, sollte das auch selbst bezahlen.

189 Medikamentenfälschung eindämmen!

190 In den letzten Jahren haben Medikamentenfälschungen stetig zugenommen. Diese  
191 Entwicklung führte 2013 zur Schaffung eines WHO (World Health Organization)  
192 Überwachungssystems. Schätzungen zufolge sind weltweit mehr als zehn Prozent  
193 aller verkauften Medikamente gefälscht. Nach aktuellen Erkenntnissen ist jeder  
194 Staat von diesem Problem betroffen. Fälschungen können eine falsche Dosierung  
195 beinhalten, komplett ohne Wirkstoff sein oder gar falsche oder toxische  
196 Wirkstoffe enthalten. Hierfür braucht es strenge transnationale Kontrollen und  
197 ein wirksames Konzept zur Bekämpfung von Medikamentenfälschungen!

198 Gesundheit transnational denken!

199 Uns ist bewusst, dass von neuen Medikamenten und weiteren Innovationen im  
200 Gesundheitsbereich häufig nur die Menschen im Globalen Norden profitieren  
201 können. Das Ziel einer emanzipatorischen Politik muss es aber sein, dass  
202 Medikamente und medizinische Versorgung und Innovation überall dort verfügbar  
203 sind, wo sie von Menschen benötigt werden. Und nicht nur dort, wo sie  
204 gewinnbringend vertrieben werden können. Deshalb fordert die GRÜNE JUGEND Bayern  
205 eine deutliche Kürzung der Patentzeiten auf Medikamente und weitere Innovationen  
206 im Gesundheitsbereich sowie stärkere Investitionen in die öffentliche Forschung.

## Begründung

Erfolgt mündlich.